

# VU-Interpellation bringt neue Bewegung

**Finanzausgleich** Nach intensiver Kritik an der Interpellationsbeantwortung und einer regen Diskussion signalisierte die Regierung, bestehende Missstände rund um Finanzausschüsse und Finanzausgleich mit den Gemeinden beheben zu wollen.

Michael Winkler  
mwinkler@medienhaus.li

Gemeinden erwirtschaften Gewinne und häufen Reserven an, während das Land einen Sparkurs fahren muss. «Wer die Aufgaben hat, muss auch die Finanzmittel dafür erhalten!», fasste Manfred Kaufmann (VU) zusammen. Dies ist nicht der Fall, konstatierte Wendelin Lampert (FBP). «Die nächste Wirtschaftslaute wird kommen», erklärte er. «Da können Sie wieder zum Bürger gehen und den OKP-Staatsbeitrag senken.» Er wolle solche Massnahmen den Bürgern nicht erklären müssen. Es brauche keine weiteren Aufgabenentflechtungen, die Finanzen seien einfach falsch verteilt. «Wir sind uns wohl einig, das Handlungsbedarf besteht», ergänzte Eugen Nägele.

## «Lustlosigkeit, das Thema in Angriff zu nehmen»

Während der Landtag diesen Handlungsbedarf sieht, sahen die Abgeordneten die Absicht der Regierung in der Interpellationsbeantwortung nicht. «Das Handtuch zu werfen, bevor der Kampf begonnen hat, halte ich für verwerflich», kritisierte Mario Wohlwend (VU) den Grundtenor der Beantwortung. «Ich erhoffte mir,

dass die neue Regierung die Interpellation zum Anlass nimmt, sich mit der Thematik umfassend auseinanderzusetzen. Die vorliegende Beantwortung nährt diese Hoffnung in keiner Weise», stellte auch Christoph Wenaweser fest. Es werde bereits in der Zusammenfassung darauf hingewiesen, dass eine komplette Neuausrichtung mit erheblichem Aufwand und Planungsunsicherheit für die Gemeinden verbunden wäre und dass daher vorerst Massnahmen zur Reduktion der Steuerkraftunterschiede im Rahmen des bestehenden Systems geprüft werden sollten. Er halte «die Bezifferung des Aufwands für überzeichnet». Auf jeden Fall sehe er die Regierung zum weiteren Handeln aufgefordert, auch wenn man im Regierungsprogramm nur die wenig verpflichtende Aussage finde, dass eine Modifizierung des Finanzausgleichssystems zwischen Land und Gemeinden geprüft werde.

«Lustlosigkeit, das Thema in Angriff zu nehmen», ortete auch Wolfgang Marxer (FL). «Das wäre eine Steilvorlage für die Regierung gewesen.» Es sei «bedauerlich, dass die Regierung kein Engagement zeigt und keine klare Aussage zu diesem wichtigen Thema für Land und Gemeinden trifft», mo-



Rainer Beck überraschte Regierungschef Adrian Hasler, indem er Gesprächsbereitschaft der Gemeinden signalisierte, was die Aufgabenentflechtung angeht.

Bild: Daniel Schwendener

nierte der Plankner Vorsteher und VU-Abgeordnete, Rainer Beck. «Es ist auch im Sinne der Gemeinden, die Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden weiter voranzutreiben, klare Verantwortlichkeiten festzulegen und von den Mischfinanzierungen wegzukommen», erklärte Beck. Günter Vogt sieht die Regierung in der Pflicht. «Konkrete strategische Ziele fehlen. Mich befriedigt die Beantwortung nicht.» Es

herrschten bekannte Systemfehler. Diese seien erheblich und nicht notwendig.

## Botschaft bei Regierung angekommen

Aufgrund der ausführlichen, knapp zweieinhalbstündigen Debatte kündigte Regierungschef Adrian Hasler an, weiterhin am Thema dranzubleiben und wies jegliche Kritik zurück, wonach man das Handtuch geworfen ha-

be. Besonders das Interesse der Gemeinden, die Aufgabenentflechtung weiter voranzutreiben, nahm er mit Interesse auf. «Insbesondere aufgrund der heutigen Diskussion ist die Regierung gewillt, dieses Thema voranzutreiben», so Hasler. Zur allgemeinen Kritik meinte er, dass er sie zur Kenntnis nehme, diese aber grundlegend anders sehe: «Wenn die Antwort nicht gefällt, ist das nicht der Qualität der Antwortge-

schuldet», meinte er. Zudem hätten im Rahmen der Massnahmenpakete I-III die Gemeinden mit 50 Mio. Franken ihren Beitrag geleistet.

Bei den Kosten für die Alterspflege habe die Regierung dem Landtag vor rund 10 Jahren (Regierung Otmar Hasler; Anm.) einen Vorschlag gemacht, welche die Finanzierung zulasten der Gemeinden verschoben hätte, damals sei der Landtag nicht gefolgt. Es bestehe weiterhin ein Interesse daran, dass die Ergänzungsleistungen durch das Land bestritten werden und die Kosten für die stationäre Alterspflege und die Familienhilfe die Gemeinden tragen.

## Fruchtbare Debatte soll zu weiterer Diskussion führen

Die VU hat mit ihrer Interpellation ihr Ziel erreicht. Das Thema wurde ausführlich im Landtag erörtert und die Regierung hat gespürt, dass sie zum Handeln aufgefordert ist. In einer sachlichen Debatte wurden viele Aspekte rund um Finanzausweisungen und Finanzausgleich gestreift. Nun liegt der Ball bei der Regierung bzw. bei den «Gemeindehäuptlingen» (Harry Quaderer), die besten Lösungen für die Einwohner Liechtensteins zu finden.

## EINFACH BESSER KOMBINIEREN

Angebot gültig für FL1 Kombi M & L bis 21.10.2017.

### Festnetz

Sicher und günstig telefonieren mit bester Sprachqualität.

### Internet

Unlimitierter und ungebremsster Highspeed für zu Hause.

### TV plus

Einfach überall das TV-Programm von heute und der letzten 7 Tage ansehen. Und dann geniessen, wenn es wirklich passt.

# FL1

Aktivierung & 2 Monate GRATIS